

Personalmangel im öffentlichen Dienst

Quelle: dbb beamtenbund und tarifunion

Stand: Oktober 2023

Dem Staat fehlen über 550.000 Mitarbeitende

Dem Staat fehlen nach aktueller Einschätzung des dbb beamtenbund und tarifunion über 550.000* Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht nur wegen aktueller Aufgabenzuwächsen (Ganztagsbetreuung, Grundsteuer, Zeitenwende, Digitalisierung der Verwaltung, Kindergrundsicherung, etc.) sowie Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Flucht und Zuwanderung oder innere Sicherheit brauchen vor allem Länder und Kommunen dringend zusätzliches Personal, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

2023 gehen zwei Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand. In den nächsten 10 Jahren scheidet weitere 1,36 Millionen (oder 27 Prozent) der Kolleginnen und Kollegen altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst aus. Rechnet man davon die erwartbaren Neueinstellungen ab, bleibt – rechnerisch – eine zusätzliche Personallücke von mehreren hunderttausend Beschäftigten, die dem öffentlichen Dienst fehlen werden. Gleichzeitig stellen der ökologische Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft sowie die zunehmende Aggression und Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung den öffentlichen Dienst vor weitere Herausforderungen.

Auf allen staatlichen Ebenen – in der Landes- und Bundesverwaltung, in den Städten und Gemeinden, bei der Polizei, in Kindergärten und Schulen, in Finanzämtern, Justizvollzug und -verwaltung, beim Zoll, in Gesundheitsämtern, in der Pflege und Sozialen Arbeit, in Jobcentern und in der Sozialversicherung – setzen sich die Beschäftigten nach wie vor bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit und darüber hinaus ein und leisten eine großartige und hoch motivierte Arbeit. Sie dürfen dabei aber nicht allein gelassen werden.

Angesichts dieser Herausforderungen wird deutlich, wie sich der seit Jahren herbeigeführte und vom dbb vielfach kritisierte Personalmangel auswirkt. Die Politik muss Prioritäten setzen und für eine aufgabengerechte Personalausstattung sorgen.



Aktuelle Personalbedarfe öffentlicher Dienst

Bundespolizei	11.000
Landespolizei	40.500
Verteidigung	20.000
Steuerverwaltung	40.000
Zoll	5.600
Schulen	100.000
Kitas	98.000
Kommunalverwaltungen	105.500
(allg. Verwaltung, Ausländerbehörden, Bauämter, Jugendämter, Ordnungsämter, Sozialämter/Soziale Arbeit, Feuerwehren)	
Öffentlicher Gesundheitsdienst	10.500
Kranken- und Altenpflege	110.000
Lebensmittelkontrolle	1.500
Arbeitsagenturen/Jobcenter	1.900
Justiz (Richter/innen, Justizvollzug, Verwaltung)	7.000
	<u>551.500*</u>

*Neben der Aufgabenvermehrung und der Demografie haben auch systematische Veränderungen in der Abfrage zur drastischen Erhöhung des Personalmangels im Vergleich zu 2022 beigetragen (z.B. sind Verteidigung, Richter/innen und Lebensmittelkontrolle neu. Bei Pflege, Schulen sowie Kitas sind jetzt alle Teilbereiche und Trägerschaften erfasst).